

Danziger Volksstimme



Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 350 Mk. Durch die Post monatlich 380 Mk. In Pommern: monatlich 900,— Mk. in polnischer Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Angelgenpreis: Die 8-spaltige Zeile 40,— Mk., von auswärts 55,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach der Tarif, die 3-spaltige Zeile 150,— Mk., von auswärts 200,— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3390.

Nr. 294

Freitag, den 15. Dezember 1922

13. Jahrgang

Mildes Urteil für die Harden-Attentäter.

Im Hardenprozess wurde gestern gegen 1 Uhr nachts das Urteil gefällt. Es lautet bei dem Angeklagten Grenz wegen Beihilfe zur Körperverletzung auf vier Jahre neun Monate Gefängnis, gegen Weichardt wegen Beihilfe zur Körperverletzung unter Zustimmung mildernder Umstände auf zwei Jahre neun Monate Gefängnis. Beiden Angeklagten werden zwei Monate Untersuchungshaft angerechnet. Außerdem wurde die Einziehung des Totschlägers verfügt. Die Angeklagten erklärten, sich bei dem Urteil beruhigen zu wollen.

Oberstaatsanwalt Schweizer erklärte in seinem Plädoyer: In Harden sollte wie bei Rathenau der Jude getroffen werden, aber außerdem auch nach Ansicht des Weichardt ein Schädling, der dauernd das Vaterland vor dem Ausland beschimpfte. Gerade durch solche Taten des blinden politischen Fanatismus werde aber Deutschland, sobald es sich anschickte, sich zu erholen, wieder in den Abgrund gestossen. Es komme bei dem Attentat noch etwas Ekelerregendes hinzu, was diese Tat von den früheren Taten unterscheidet: Bei einem Teil des Konsortiums, das sich zur Tat zusammengelassen habe, sei die Tat zu einem ganz brutalen Delikt geworden. Die Fragen nach den Hintermännern seien unbedingt zu belassen. Es müsse aber ein besonderes Verfahren vorbehalten bleiben, die sich nach Mordenden verkleidenden Fäden zu entwirren. Gemeinsam hätten Antermann und Weichardt den Plan ausgeführt, Harden zu erledigen, möglichst zu töten. Unzweifelhaft habe Grenz sie dazu angestiftet. Der Sachverhalt gehe aus den Ergebnissen der Voruntersuchung klar hervor.

Auf Antrag seines Rechtsbeistandes kam Harden am letzten Verhandlungstage nochmals zu Wort, wobei er ausführte: Geldnot und gewisse Betrübnisse hätten verwegene verwilderte Menschen dazu gebracht, einen Menschen zu töten, nicht aber Vaterlandsliebe oder der Wunsch, einen Schädling zu beseitigen. Wenn er selbst zehnmal das wäre, was man hier aus ihm machen wollte, würde das an der Strafbarkeit der Tat nichts ändern. Attentate hätten sich fast immer gegen solche gerichtet, die man für schädlich in der Ausübung ihrer Macht hielt. Er habe keine Macht geübt, sondern nur seine Ueberzeugung vertreten. Es könne kein Terror aufgerufen werden, der soweit gehe, daß ein Jude in Deutschland sich seines Lebens nicht mehr sicher fühle.

Im Schlusswort sagte der Angeklagte Weichardt, er habe die Tat völlig unüberlegt begangen und bedauere sie tief. Grenz erklärte, daß er zu seiner Tat stehe. Hinter ihm stehe die Hälfte des deutschen Volks. Harden verwies darauf, daß er schon vor 40 Jahren zum Christentum übergetreten sei. Einstein sei nach Japan gegangen, weil er sich in Deutschland nicht sicher fühle, und der Hamburger Bankier Max Warburg aus demselben Grunde auf ein Jahr nach Amerika. Er selbst könne kaum noch die Stadtbahn oder die Straßenbahn betreten, ohne daß er eine Wiederholung des Attentates befürchten müsse. Mit aller Schärfe forderte Harden zum Schluss die Verurteilung seiner Attentäter, nicht aus Rache, sondern damit die politische Atmosphäre in Deutschland gereinigt würde.

Bonar Laws Reparationsprogramm.

Im Unterhause beantwortete Bonar Law eine Reihe von Fragen, die sich auf die Art der Kontrolle als Grundbedingung für ein Moratorium an Deutschland, die Haltung Englands gegenüber einem etwaigen selbständigen Vorgehen Frankreichs und die Beziehung der Reparationsfrage zur Frage der interalliierten Schulden erstreckten. Er sagte, er teile nicht die französische Ansicht, die furchtbare Inflation in Deutschland sei vorzüglich. Nach britischer Auffassung müsse man nach der besten Methode fragen, um aus Deutschland den Betrag herauszubekommen, den es bezahlen solle. Wenn Deutschland sich je wieder erhole, werde es ein Leichtes sein, die Entschädigung zu zahlen, als es Großbritannien sein würde, seine Schulden in Amerika zu begleichen. Die Vernichtung des Mittelstandes in Deutschland sei ein furchtbares Unglück; aber wenn Deutschland sich wieder erhole, werde es frei ein von der furchtbaren Last der inneren Schuld, wie sie auf Großbritannien laste. Die einzige Aufgabe wäre die Erwägung, wie man eine legitime Schuldforderung in befriedigender Weise einzulösen und gleichzeitig der übrigen Welt und Deutschland möglichst wenig schaden könne. Es bestehe fast keine

Soffnung auf Lösung der furchtbaren Schwierigkeiten Europas, wenn nicht Großbritannien und Frankreich gemeinsam handeln. Bonar Law bezeichnete es als tragisch, daß es zweifellos ohne Stabilisierung der Mark für Deutschland keine Besserung geben kann, daß aber nach Ansicht aller Sachverständigen der Versuch einer Stabilisierung den Zusammenbruch der Industrie herbeiführen werde.

Zur Frage der Ruhrbesetzung äußerte Bonar Law, England und seine Regierung könnten unter keinen Umständen die Reparationsfrage eine Regelung billigen, die nicht produktive Reparationen schaffen, sondern sie im Gegenteil nur erschweren oder gar unmöglich machen würde. In diesem Falle bliebe fast gar keine Hoffnung, daß man eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage finden könnte. Das sei nur möglich, wenn England und Frankreich freiwillig Hand in Hand handelten. Bonar Law schloß damit, er sei davon überzeugt, daß die beiderseitigen Regierungen ihr Möglichstes tun würden, um eine Lösung zu finden.

Der Führer der Arbeiterpartei, Gen. Ramsay MacDonald erklärte: Wenn Deutschland nicht wieder Handel treibe, werde es keine Reparationen geben. Deutschland würde hoffnungslos bankrott werden, wenn es nicht sorgfältig behandelt werde. Frankreich und Großbritannien würden ihre Erwartungen über das, was sie von Deutschland zu erhalten hätten, sehr wesentlich herabsetzen müssen. Lloyd George und die folgenden Redner brachten ihre Verfrachtung mit der Erklärung Bonar Laws zum Ausdruck.

Im englischen Oberhaus begründete Lord Birkenhead seine Warnungen an Frankreich vor Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland folgendermaßen: Er könne, so führte er aus, nur drei mögliche Sicherheiten:

1. Die Befehung des Ruhrgebietes. Es sei nicht wahr zu erklären, daß in Deutschland heute die Fähigkeit für militärischen Widerstand bestehe; Warnungen und Drohpfeilschmaen über die Möglichkeit, in naher Zukunft eine große deutsche Armee wieder zu sehen, beruhten auf Täuschung und Unwissenheit. Es könnte nichts geschehen ohne die Erkenntnis von Vändern, die eine aberwältigende militärische Ueberlegenheit haben würden.
2. Die Errichtung einer Sperrlinie am Rhein oder statt dessen um das Ruhrgebiet herum werde wahrscheinlich nicht erfolgreich sein. Die Allierten hätten bereits die Sperrmethode versucht, und die Folge sei, daß die Reparationskommission zahlreiche Risiken voll mit deutscher Passiermarke habe.
3. Beschlagnahme einiger der Wälder und Bergwerke in Deutschland. Dies würde Besatzungstruppen zum Schutze der damit Beauftragten notwendig machen, und die vor kurzem in Deutschland stattgefundenen Ereignisse zeigten die Gefahr und die Kosten, die damit verbunden sein könnten.

Amerikas Stellung zur Reparationsfrage.

Die die „New York Times“ aus Washington erfährt, stimmt Bonar Laws Wunsch, die Reparationsfrage mit einiger Aussicht auf endgültige Lösung zu erledigen, mit den Ansichten der Regierung Harding überein, welche von Anfang an sich den Wilsonschen Standpunkt aneignete, daß die Reparationen auf der Grundlage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands endgültig festgesetzt werden sollten. Aus Regierungskreisen verlautet, daß der Einfluß der amerikanischen Regierung auf jede ihr zukünftig erscheinende Weise weiterhin in der Richtung eines Ausgleichs der Ansichten in der Reparationsfrage geltend gemacht werden wird.

Der Abgeordnete Burton erklärte in einer Rede über die interalliierten Schulden im amerikanischen Parlament: Nach seiner Ansicht könnte es Deutschland keineswegs erlassen werden, den höchsten seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden Reparationsbetrag zu zahlen. Aber es sei auch nicht wünschenswert, daß deutsche Volk zur Knechtschaft zu erniedrigen oder ihm und seinen künftigen Generationen eine herart brückende Last aufzuerlegen, daß es sich ihrer nicht entledigen könne. Für die Vereinigten Staaten wären die besten Grundsätze, um Europa zu helfen, überall offene Tür, gemeinsame Verwaltung der internationalen Verkehrswege und Anrufung von Schiedsgerichten bei internationalen Streitigkeiten.

General Haller entlassen.

Die polnische Regierung hatte seit Maßnahmen gegen den General Haller anläßlich der letzten Vorfälle zunächst geögert, da sie annahm, daß er selbst um seine Entlassung einkommen würde. Da dies nicht geschehen ist, wurde er gestern gegen seinen Willen entlassen.

Die Entlassung steht im Zusammenhang damit, daß General Haller nach Meldung des „Robotnik“ am Sonntag in Wilamow bei Warschau eine Versammlung über die Pazifistentruppen abhalten sollte.

Gestern fand im Betrein des Ministerpräsidenten, mehreren Ministern und des Sejm- und Senatsmarschalls der feierliche Akt der Uebernahme der Amtsgewalt durch den Präsidenten der Republik statt. Unmittelbar nach der Feier überreichte der Ministerpräsident dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts.

Der Weltfriedenskongreß im Haag.

Auf dem Arbeiterfriedenskongreß im Haag kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. An den Verhandlungen nimmt jetzt auch eine bolschewistische Delegation unter Führung von Nabel teil. Nabel benutzte auch diesen Kongreß wieder zu lebhaften Angriffen auf die Sozialdemokratie. Er wandte sich scharf gegen ein Zusammenarbeiten der proletarischen Organisationen mit bürgerlichen Pazifistenverbänden. Den Vertretern der Gewerkschaftsinternationale rief er zur Wilschen auch und den bürgerlichen Pazifisten liegt eine ebenso große Klüft wie zwischen euch und den Kommunisten. Trotzdem schließt ihr euch mit den Pazifisten zusammen und wollt mit uns nichts zu tun haben. Wir erneuern unseren Vorschlag, eine Einheitsfront zu bilden. (Gelächter.) Der Resolution von Rom über den Generalstreik stimme ich gern zu. Ihre Annahme beweist, daß ihr euer eigenes Dogma aus dem Weltkriege, das Dogma der Vaterlandsverteidigung, plötzlich verleugnet. Wenn dies Euer Ernst ist, so bedeutet das einen erfreulichen Fortschritt. Aber dann müßt ihr auch offen zugeben, daß das Proletariat, wenn es sich auf die Grundfrage der Vaterlandsliebe stellt, dem Untergang geweiht ist.

Nabel sagte weiter, anstatt Proteste über den Generalstreik zu lassen, sollte man lieber etwas Positives tun, z. B. eine Protestwoche gegen den Versailleser Frieden mit anschließendem 24 stündigen Proteststreik veranstalten. Das wäre doch zumindest eine Tat. Die dem Kongreß vorliegende Resolution zeige keine Spur von Kampfesgeist. Beugte man sich damit, dann werde die Bourgeoisie den Kongreß auslachen.

Genosse Vandervelde-Belgien führte aus, er habe nichts gegen eine Einheitsfront, die Kommunisten sollten aber einige Sicherheiten geben, z. B. durch Rückgabe der Selbständigkeit an Georgien, durch Begnadigung der Sozialrevolutionäre. Er sei bereit, gegen französischen Nationalismus, englischen Imperialismus und italienischen Boulangismus zu kämpfen, er verurteile die Schwarze-Meer-Politik Englands, aber auch die russische Petroleum-Politik. Eine Abrüstung sei erst möglich, wenn ein Wälderbund gebildet sei, dem alle Staaten, auch die Vereinigten Staaten angehörten. In den verschiedenen beantragten Resolutionen machte Vandervelde u. a. folgende Vorbehalte: 1. Wenn beschlossen wird, den Krieg mit allen Mitteln zu bekämpfen, dann muß dabei das Recht der Nothwehr für die Wälder ebenso wie für die Individuen gewahrt bleiben. 2. Das Recht Belgiens und Frankreichs auf Reparationen muß gewahrt werden. Wollen die Regierungen aber das deutsche Volk zerschlagen, dann sagen wir: Nein! Nein! und noch einmal Nein!

Genosse Bugton-England erklärte, man dürfe sich nicht in Allgemeinheiten ergehen. Was solle geschehen, wenn in London oder Lausanne Beschlüsse angenommen würden, die den Kampf gegen den Krieg unmöglich machten? Die Reparationspolitik habe ihre Grundlage in der

unwahren Behauptung, daß das deutsche Volk allein die Verantwortung für den Krieg trage. Wir sollten Protest erheben gegen die fort dauernde Befehung deutschen Gebietes, die mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes unvereinbar

ist. (Beifall.) Der Vorsitzende bemerkte, diese Frage beschäftige auch viele andere Kongreßteilnehmer. Darum werde eine Resolution beantragt werden, die sich auf die weitere Befehung deutschen Gebietes beziehe. Professor Curdbeck-München sprach im Namen der politisch und sozial neutralen pazifistischen Bewegung. Der Generalstreik zur Verhinderung von Kriegen finde seine Zustimmung. Er und seine Freunde könnten sich dabei nützlich machen, indem sie in anderen Kreisen Sympathien für die Aktion der Arbeiter weckten und vielleicht Beamtenkreise zum Anschluß an den Streik veranlassen könnten. Ein solcher Streik sei aber nicht identisch mit sozialer Revolution und bedeute ebenso wenig einen Verzicht auf das Recht der Landesverteidigung.

Die Nadelstichpolitik des Senats.

Revolutionsfeier und Schupokapelle. - Die Aufhebung der privaten Vorschulen.

Nach der vergeblichen Kraftankrengung in der Mittwoch-Sitzung war die Arbeitsfreudigkeit der bürgerlichen Volks- tagungsgeordneten stark gesunken. Die achtliche Volksstimmung war überraschend schwach besetzt. Ohne Auslassung wurde beschlossen, eine Privatklage gegen den Abg. Dewelowski zu machen, die Genehmigung zu einer Privatklage gegen den Abg. Nahn wegen Verhörungen in der Stadtverordnetenversammlung jedoch zu verlagern.

Alsdann fand die große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion betr.

Das Verbot der Mitwirkung der Schupokapelle an der Revolutionsfeier

auf der Tagesordnung. Da jedoch kein Senator im Saale anwesend war, beantragte Abg. Gen. Ding, die Festredeung der Anfrage zurückzustellen. Abg. Gen. Meißner stellte den Antrag, den zuständigen Senator Schümmer sofort herbeizurufen. Der Antrag wurde aber gegenstandslos, da zwischen dem Senator Schümmer erschienen war.

Abg. Gen. Ding begründete nunmehr die große Anfrage. Er stellte fest, daß bereits sechs Wochen vor dem 9. November mit dem Kapellmeister der Schupokapelle über deren Mitwirkung bei der Revolutionsfeier verhandelt worden ist. Es sollten drei Musikstücke gespielt werden, und zwar: 1812 von Tschaikowski, eine Symphonie von Orin und die Cuvertüre der Oper Robespierre. Es erschien dann ein Aufruf in der 'Danziger Volksstimme', der auf die Bedeutung der Feier hinwies, der wenige Tage vor der Feier noch einmal wiederholt wurde. Kurz vor dem 9. November wurde die Erlaubnis der Mitwirkung der Schupokapelle zurückgegeben in der Absicht, das Fest unbeschadet zu machen. Als Begründung wurde angegeben, daß die Schupokapelle bei politischen Angelegenheiten nicht mitwirken dürfe. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß der Schupokapelle auch die Mitwirkung bei Veranstaltungen rechts gerichteter Kreise verboten worden sei. Gen. Dr. Ding erklärte, daß es geradezu ungeheuerlich sei, daß der Senat eine Partei, die auf dem Boden der Verfassung steht, mit rechtsradikalen Gruppen vergleicht, die in Deutschland verboten worden sind. Wegen der Mitwirkung der Schupokapelle auf dem deutschnationalen Parteitag hätte der Senat keine Bedenken. Durch die Begründung wird klar, daß die Meinung und der Geist, die bei der Revolutionsfeier zum Ausdruck kommen können, vom Senat als staatsgefährlich angesehen werden. Der Senat hat es gewagt, der Schupokapelle die Mitwirkung bei einer auf dem Boden der Verfassung stehenden künstlerischen Feier zu verbieten. Er betrachtet also den republikanischen Geist als staatsgefährlich. Nedner verlangte vom Senat eine klare und klare Antwort darüber, welcher Geist im Danziger Staat der legitime sei: der republikanische oder der monarchistische. Das Verbot sei nicht förderlich für das junge Staatswesen, wenn die Ideale von einem Drittel der Bevölkerung herabgewürdigt werden. Für die Erhaltung des Deutschtums sind derartige Maßnahmen auch nicht dienlich.

Senator Schümmer erklärte im Namen des Senats, daß der Kapelle der Schupokapelle nach streng festgelegten Grund- sätzen die Genehmigung zur Teilnahme zu irgendwelchen Veranstaltungen erteilt werde. In erster Linie kämen öffentliche Festkonzerte oder Wohltätigkeitsveranstaltungen in Betracht. Weiter würde die Kapelle auch zu Vereinfest- lichkeiten ganz ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung der Mitglieder zur Verfügung. Bei ausgeprochenen poli- tischen Veranstaltungen werde der Schupokapelle die Teil- nahme stets unteragt. (Zuruf: Deutschnationaler Partei- tag!) So sei die Mitwirkung beim deutschnationalen Jugend- bund und bei dem Hochschulring deutscher Art verboten wor- den. Das Verbot sei deshalb so kurzfristig gewesen, weil der Senat geäußert habe, es handele sich um eine Fa- milienfeier. Erst aus dem Aufruf habe der Senat den politischen Charakter der Veranstaltung erkannt. Große Teile der Bevölkerung hätten es nicht verstanden, wenn die Schupokapelle an dieser Feier mitgewirkt hätte, deshalb sei die Genehmigung zurückgegeben. Weiter erklärte Senator Schümmer auf die diesbezügliche Frage des Gen. Ding, daß die Regierung fest auf dem Boden der Verfassung stehe und unerschütterlich im Geist der Verfassung, der Gerechtigkeit und der Freiheit wirke!

Abg. Gen. Brill bezeichnete die Erklärung Schümmers als Hprose. Die Revolutionsfeier ist niemals als Familien- fest bezeichnet worden. In den Aufrufen ist der politische Charakter des Festes stets betont worden. Es haben vor dem Verbot auch keine Verhandlungen mit dem Senat statt- gefunden. Schon im Oktober wurde zur Teilnahme an dem Fest aufgerufen, und da hätte der Senat einschreiten können. Er tat es jedoch erst in den letzten Tagen, um die Feier un- möglich zu machen. Die Sozialdemokratie vertritt es sich, mit den rechtsradikalen Mörderbänden auf eine Stufe ge- stellt zu werden. Mit der Erklärung des Senators Schüm- mer steht in Widerspruch, daß die Schupokapelle auf dem deutschnationalen Parteitag mitgewirkt und sogar 'Deil dir im Siegerkranz' gespielt habe. Auch auf dem Jugendfest der Zentrumspartei hat die Schupokapelle mit- gewirkt. Das Verbot erinnert an die Zeit, wo die Sozial- demokratie mit allen Mitteln bekämpft wurde. Alle diese Maßnahmen, wie das Sozialkassenwesen usw., haben die Ent- wicklung der Sozialdemokratie nicht gehemmt. Männer wie Nismard und Wilhelm haben in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie elendig Schiffbruch gelitten. Ebenso wird es denjenigen ergehen, die die gleichen kleinsten Maß- nahmen anwenden. Die Sozialdemokratie wird nicht zu- lassen, daß der Freisinn die Leute einiger reaktionärer Leute wird. Schümmer und sein Regierungsrat Mundt waren nur das Werkzeug anderer Reaktionsäre. Der Polizeipräs- ident Frobock, der im App-Butsch eine unheimliche Rolle gespielt hat, ist aufsehenerregend der Urheber des Verbots. Gen. Brill erklärte, daß die Nachhaber von heute den Kauf des Sozialismus nicht aufhalten werden. Die Ansprache war damit beendet.

Diese Ansprache wurde alsdann der Gegenwärtigkeit betr. Der Antrag von Mitgliedern der Sozialdemokratie betr. die Aufhebung der privaten Vorschulen, der Gegenwärtigkeit betr. der Aufhebung der privaten Vorschulen.

Die ursprüngliche Gegenwärtigkeit bestimmte, daß die privaten Vorschulen bis März 1926 aufgehoben sein müssen. Der Ausschuss hat dem Vorschlag jedoch eine Fassung gegeben, die es ermöglicht, diese Schulen bis Ende 1928 aufrechtzuerhalten. Abg. Gen. Vener wandte sich entschieden gegen diese Verschlechterung und stellte den Antrag, daß ab 1926 keine staatlichen Zuschüsse für die privaten Vorschulen gegeben werden dürfen. Diese Schulen sind vollständig überflüssig durch die Errichtung der Grundschulen geworden. Staatliche Zuschüsse für die pri- vaten Vorschulen wäre eine Vergewaltigung von Staats- kassen, die schließl. mit dem Bestreben, auf allen Gebieten zu sparen, in Einklang zu bringen sei. Es wäre durchaus im Interesse der Volksschulen, wenn alle Kinder in den

ersten Jahren die Volksschule besuchen, dann hätte auch das Bürgerium ein größeres Interesse an der Entwicklung und dem Ausbau der Volksschulen. Der Antrag, daß die privaten Vorschulen von 1926 ab jeder staatliche Zuschuß geperert werde, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt, nicht einmal alle Volksschullehrer stimmten dafür. Der Gegenwärtigkeit wurde dann in der vom Ausschuss beschlossenen Form in zweiter Lesung angenommen. Der sofortigen drit- ten Lesung wurde vom Gen. Vener widersprochen.

Eine Abänderung der Reichsversicherungsordnung, Er- höhung der Versicherungsbeiträge usw., wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Einer weniger wichtigen Ver- änderung der Geschäftsordnung wurde zugestimmt. Den Rest der Tagesordnung, der Gegenwärtigkeit über die Anhe- geblätter der Senatoren, wurde auf Antrag des deutschnationalen Abg. Dr. Krumme verlegt, da bei der schwachen Besetzung des Hauses eine Annahme des Gegen- wärtigkeit ausgeschlossen war. Es entspann sich dann eine längere Debatte über den Termin der nächsten Sitzung. Die Regierung will das Einkommenkennersgesetz so schnell wie möglich unter Dach und Fach bringen. Nach der Ge- schäftsordnung kann die Beratung des Gegenwärtigkeit erst am Sonnabend stattfinden. Die bürgerlichen Parteien hätten den Gegenwärtigkeit gern am Freitag verabschiedet. Die Bitte verlangte jedoch die Erhaltung der Geschäftsordnung und ließ durch den Abg. Gen. Wehl erklären, daß sie nach den Vorkäufen in der Mittwoch-Sitzung keine Veranlassung habe, Entgegenkommen zu zeigen. Der Präsident setzte darauf die nächste Sitzung auf Sonnabend vormittag 11 Uhr fest.

Auf der Tagesordnung stehen: Zweite Beratung eines Einkommensteuergesetzes. Erste Beratung eines Gegen- wärtigkeit betr. die Danziger Werft und Eisenbahnverhältnisse. Aktiengesellschaft. Fortsetzung der zweiten Beratung eines Gegenwärtigkeit betr. das Stubegehalt der Mitglieder des Senats im Hauptamt.

Die neue Einkommensteuer.

Der Steueraussschuß hat den vom Senat vorgelegten Gegenwärtigkeit über die Besteuerung des Einkommens nach der Gegenwart an den Volkstag mit wesentlichen Änderungen zurückgehen lassen. Insbesondere ist der Steuertarif umgestaltet worden. Die Einkommensteuer soll nach den Beschlüssen des Ausschusses betragen:

- für die erste angefangene oder volle 1 Mill. Mk. 10 Proz.
 - für die weitere angefangene oder volle 1 Mill. Mk. 15 Proz.
 - für die weitere angefangene oder volle 1 Mill. Mk. 20 Proz.
 - für die weitere angefangene oder volle 1 Mill. Mk. 25 Proz.
 - für die weiteren angefangenen oder vollen 2 Mill. Mk. 30 Proz.
 - für die weiteren angefangenen oder vollen 2 Mill. Mk. 35 Proz.
 - für die weiteren angefangenen oder vollen 2 Mill. Mk. 40 Proz.
 - für die weiteren angefangenen oder vollen 2 Mill. Mk. 45 Proz.
 - für die weiteren Beträge 50 Prozent.
- Diese Sätze decken sich mit den deutschen Einkommen- steuertarifen, doch hat man auch hier noch eine Ausnahme für den Bescheiden geschaffen, denn das Reich erläßt die großen Einkommen stärker und erhebt bis 60 Prozent des Einkommens.
- Nach den Beschlüssen des Ausschusses ermäßigt sich die Einkommensteuer: a) um 2000 Mark für den Steuerpflichtigen und für seine nicht selbständig an veranlagende Ehe- frau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 1 Mil- lion Mark beträgt; b) um je 12000 Mark für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind, das nicht selbständig zur Einkommensteuer zu veran- lagern ist, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 2 Millionen Mark beträgt. Die Ermäßigung wird auch sol- chen Kindern gewährt, die Arbeitsentkommen beziehen, so- fern sie das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. c) um 20000 Mark für Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder er- unfähig oder nicht bloß vorübergehend be- hindert sind, i Nebenunterhalt durch elterlichen Erwerb zu bestreiten, i das steuerbare Einkommen den Betrag von 600000 Mark nicht übersteigt.

Bei der Veranlagung können besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, durch Ermäßigung oder Erlass der Einkommensteuer berücksichtigt werden, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 2 Millionen Mark nicht übersteigt.

Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außer- ordentliche Befreiungen durch Unterhalt und Erhaltung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch Alter, Krankheit, Abwehrerziehung, Verschuldung, Unfallschade oder durch besondere Aufwen- dungen im Haushalt infolge einer Erwerbslosigkeit der Ehefrau.

Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet sind und im vorhergehenden Kalenderjahr ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 500000 Mark ge- habt haben, sind zu Vorabzahlungen auf die Einkommen- steuer verpflichtet. Sie haben zugleich mit der Steuererklä- rung ein Viertel des Steuerbetrages zu entrichten.

Der Arbeitgeber hat vom Arbeitslohn einen Betrag von 10 u. S. unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ermäßigungen für Rechnung des Arbeitnehmers einzubehalten. Der Betrag von 10 u. S. ermäßigt sich: 1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählenden Ehefrau im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um je 200 Mark monatlich, im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um je 48 Mk. wöchentlich, im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um je 8 Mark täglich, im Falle der Zah- lung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um je 2 Mk. für je zwei angefangene oder volle Arbeitstage; 2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende min- derjährige Kind, das nicht selbständig zur Einkommensteuer zu veranlagern ist; im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 1000 Mark monatlich, im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um 240 Mark wöchentlich, im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 40 Mark täglich, im Falle der Zah- lung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 10 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitstage. Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Sätze anzufordern, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zufließen- den Schätze 120000 Mark um mindestens 10000 Mark über- steigen.

Neue Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Der am Dienstag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung lag ein Antrag des Senats auf Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise vor, und zwar sollen die jetzigen Fahrpreise durch einen neuen Tarifplan von 10 Klassen ersetzt werden. Eine Begründung bei der Senats- sondersitzung für diese neue Erhöhung war nicht gegeben. Annehmend hält man diese durch die weitere Lebenserhaltung und Preissteigerungen hinreichend erklärlich. Es muß gegenüber jedoch festgestellt werden, daß Danzig auch mit den Straßenbahnfahrpreisen an der Spitze der deutschen Städte liegt. Nach der neuen Erhöhung würde eine einfache Fahrt in Danzig auf 75 Mark, nach Danzauer sogar auf 100 Mark zu steigen kommen. In Berlin ist der Fahrpreis gegen- über erst dieser Tage auf 50 Mark herabgesetzt, wobei zu be- merken ist, daß man dort erheblich längere Strecken für diesen Preis fahren kann als in Danzig, selbst auf der Doppelstrecke. Im Dresden beträgt der Fahrpreis sogar nur 30 Mark. Das ist jedenfalls keine Sachlage, die Straßenbahnfahrpreise in ähnlicher Höhe aufzuweisen hat, als Danzig. Es wäre notwendig, diesen Dingen einmal auf den Grund zu gehen. Denn so erheblich höher dürften sich die Preise für Kohlen kaum stellen; von den Kohlen doch schon gar nicht zu reden. Die Wirkung dieser neuen Erhöhung wird natürlich ein weite- res Zurückgehen der Kennzahlkoeffizienten mit sich bringen, denn bei diesen Preisen wird die Fahrt selbst für längere Strecken zum Luxus, den sich nur noch wenige leisten können. Der Zweck der Maßnahme, die Einnahmen zu steigern, dürfte dadurch illusorisch gemacht werden. Es dürfte erheblich zweckmäßiger sein, daß Danzig dem Beispiel anderer Städte folgt und die Straßenbahn mit möglichst gering gehaltenen Fahrpreisen als Massenverkehrsmittel zu erhalten (wünscht), als durch eine überhöhte Fahrpreispolitik die Einnahmen immer mehr herabzurufen. Das Ende der Straßenbahn- fahrt infolge des letzten Verkehrs nur beschränkt werden.

Auch Gas, Elektrizität und Wasser

sollen eine neue Erhöhung erfahren. Wie mitgeteilt wird, ist mit einer Erhöhung des Gaspreises auf 125 Mark für ein Kubikmeter, für elektrisches Licht auf 70 Mark, für elektrische Kraft auf 170 Mark für die Stromleistung und für Wasser auf 50 Mark für das Kubikmeter zu rechnen. Als Grund werden die Kohlenpreissteigerungen und Kohnerhöhungen angegeben. Außerdem beantragt der Senat bei der nächsten Stadtverordnetenversammlung die Erhaltung einer Preis- schubkennung für die Gas- und Stromabnehmer. Der Preis- schub soll nach bestimmten Staffeln (bestimmend mit 1000 Mk. und 15 Kubikmeter Gasverbrauch monatlich) erhoben wer- den. Die Restbeträge sollen den Abnehmern mit der Ver- brauchsrechnung mitgeteilt und zu ihrer Begleichung eine Frist von zwei Wochen eingeräumt werden.

Eine Sitzung der Stadtverordneten

findet am Dienstag, den 19. Dezember, nachmittags 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung der Sitzung stehen: Bericht über die Verwaltung der Stadt Danzig während der Kriegszeit. Wahl einer Armen- und Waisenpflegerin und eines Schiedsmannes. Erhöhung der Einlage-Zinsen von der Ab- stlichen Sparkasse. Aufhebung des Hoch-Deckungs- und Instandhaltung der Strandhalle und des Kurhauses. Beseitigung sowie bauliche Verbesserungen in den öffentlichen Gebäuden. Kosten der Straßen, Wasserleitung und Kanalisation. Erhöhung der Person- und Wagenpreise der Danziger Straßenbahn. Weichselufer-Verkehrswasser, Vorüber- fahrer Weg-Holm und Gombude I und II. Einlegen der Präm- und Bootfähre bei Gombude II. Beschaffung eines neuen Fahrzeugs für die Präm- und Bootfähre Weichselufer-Verkehrswasser. Gewährung von Zuschüssen an Besorger der Privatvorschulen. Vereinfachung von weiteren 50 Millionen Mark für Wohnungsbauarbeiten. b) vom Mittel für Instandsetzungsarbeiten in dem Hause Dager Markt Nr. 40. Steuerordnung über die Erhebung von Abgaben zum Wohnungsbau. Vorschlag zur Erhebung auf Gas- und Stromzins. Anfrage von Stadtverordneten betr. Weiterbestellung von Markenshof. Antrag von Stadtverordneten betr. Veräußerung von verfallenen Stadtkasernen-Eintrittskarten. Erhöhung der Stra- ßenbahn-Tarife. - Anschließend geheime Sitzung. Vere- nigungen, Vermietungen usw. Einweisung eines Beamten in eine anderweitige Besoldungsgruppe.

Lohnvereinbarung im Stukkaturgewerbe.

Zwischen dem Deutschen Kommlitterverband und der Stukkaturinnung wurde vereinbart, daß der Stundenlohn vom 1. Dezember ab für Stukkaturer 500 Mark beträgt und die Höhe der Hilfsarbeiter die gleichen sind, wie im Hochbaugewerbe, die wir am Dienstag bekanntgaben.

Ertrunken oder das Opfer eines Verbrechens. Der bei der Firma Max Krüger in Müddorf als Zimmergehilfe beschäftigt gewesene Gustav Wienbold aus R.-Plehnendorf wird seit dem h. d. Mts. vermisst. Dem Vernehmen nach atung er am genannten Tage wie gewöhnlich zur Arbeit und ist auch bis 7 1/2 Uhr morgens auf seiner Arbeitsstelle geblieben worden; von diesem Zeitpunkt ab fehlt nun ihm jede Spur. Es besteht die Vermutung, daß er bei Ausübung seines Berufes ertrunken oder einem Verbrechen zum Opfer ge- fallen ist. Der Vermisste ist 1.50 Meter hoch, schlank; er war bekleidet mit blauem Jackett, grauer Hose, Goldkette, trug eine blaue Schirmmütze. Angehörige der Mittelschicht ermittelte das Polizeivorkindum. Ammer 75.

Diebstahl in der Pension. Der Konditionsachille G. U. und der Hilfsarbeiter G. N. haben gemeinsam in der Pension des U. einer Kontantin und einer Handelskassierin einen Koffer und andere Sachen im Werte von 60000 Mk., um sie zu verkaufen und zu verheimlichen. Einen Mantel ver- kauften sie an eine Kaufmannsfrau H. Sch. in Sobanheim. Das Schöffengericht verurteilte den U. wegen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis, den N. wegen Diebstahls zu 2 Wochen Gefängnis oder 7000 Mark Geldstrafe und die Frau Sch. wegen Fehlerer zu 1 Woche Gefängnis oder 700 Mark Geldstrafe.

	13. 12.	14. 12.	15. 12.
Zemischoll	+2,20	+2,10	+2,10
Warfjan	+2,41	+2,40	+2,40
Ploek	+1,07	+1,07	+1,07
Thorn	+1,87	+1,95	+1,95
Tordorn	+1,72	+1,82	+1,82
Calm	+1,51	+1,84	+1,84
Graudenz	+1,57	+2,00	+2,00

Verantwortlich: für Politik Ernst Reops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Friedrich Weber, für Inserate Anton Danke, sämtlich in Danzig. Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Telephon 785

Max Fleischer Nachf.
im. Adolf Wender
Danzig, Gr. Wollwebergasse 9/10

Herbst- u. Winterneuheiten

Kostüme · Nachmittags- u. Abend-
kleider · Mäntel · Pelze · Blusen

Werner



Elegant
Solid
Billig

Danzig: Gr. Wollwebergasse 2/5, Langgasse 18
Leipzig: Hauptstraße 117, Auguststraße 27

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz!

Ohne Gewähr!

Strumpfhaus Gerson

Helligeistgasse 126

Das führende Spezialhaus im Freistaat!

Elegante Herrenbekleidung

artig und nach Maß

W. Riese

Danzig: Nr. 122. — Telephon Nr. 3654

Spezialhaus für Damen- u. Kinderbekleidung

L. Murzynski

INHABER: WILHELM TROSCHE

Gr. Wollwebergasse 6-8

Telephon Nr. 1602

Schilling & Co. II

Photo-Haus
Domänenwall 6 DANZIG Holzmärkt 12/14

Kameras · Objektive · Photo-Papiere
Platten · Filme
Bestklassige Fabrikate!

Victor Lietzau A.G.

Danzig, Langgasse 26

Optik · Feinmechanik · Elektrotechnik

Sonderkataloge

Neu erschienen:

Hochbau und Architektur

Bitte kostenlos zu verlangen

BUCHHANDLUNG

John & Rosenberg · Danzig

Kohlenmarkt 13.



L. Cuffner, Möbelfabrik, Danzig

Copyright 1922
Kohlenmarkt 4-5
Langgasse 9-10
Telephon 764

O. Heinrichsdorff

Pianoforte-Fabrik

76 Poggenpohl 76

Flügel :: Pianos :: Reparaturen

Kunstmöbelfabrik HANSA

Telephon Nr. 1495

Danzig, Langgarten Nr. 101

Möbelfabrik „Mercur“

III. Damm 7 · DANZIG · Telephon 5061

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen

und Einzel-Möbel

Danziger Senator

edelster Likör



Ableitend Fabrikant: Bernhard Müller
Fabrikant: „Zum Palmenbaum“

Danziger Fernverkehr

Danzig-König-Berlin u. zurück		Danzig-Stettin-Berlin und zurück	
D 112 ab Danzig an D 871	D 647, 710, D1121, 300 ab Danzig an D1214, 104, D 540, 1121	1114 ab Königs ab 582	209, 1012, 718, 502 ab Stettin ab 520, 1288, 1049, 1020
621 an Char- ab 1002	422, 148, 981, 888 an Berlin ab 300, 1042, 800, 600	lottenburg	St. Bht.

Danzig-Marienb.-Königsberg und zurück	
114, 620, D 1000, 144, D 662, 702 ab Danzig an 1040, D 1124, 300, 702, 942, 122	600, 904, 602, 621, 721, 1008 ab Marienb. ab 800, 1012, 1248, 400, 702, 1121, 1142, 1142
1017, 114, 822, 1082, 1084, — an Königsb. ab —, 720, 800, 1200, 200, 622, D722, D922	

Ertmann & Perlewitz

Holzmarkt 25-26

Sämtliche Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion
Manufakturwaren

Möbelstoffe :: Gardinen :: Teppiche :: Eiserne Bettgestelle
BERUFSKLEIDUNG

Elektrisch betriebene Wäschefabrik



Potrykus & Fuchs

DANZIG

Inh.: Christian Petersen Jopengasse Nr. 69
Scharnacherstraße Nr. 7-9 · Helligeistgasse Nr. 14-16

Fernspr. 1776

SPEZIAL-HAUS

Fernspr. 1776

für Manufakturwaren, Leinen, Wäsche, Konfektion

Louis Israelski · Danzig

Breitgasse 123-124

Junkergasse 10-11

Größtes Spezialhaus für bessere Herren- und Knabenbekleidung.
Elegante Anfertigung nach Maß.

A. Fürstenberg Wte. Langgasse 19

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Leinen- und Baumwollwaren
Damen- und Herren-Konfektion

Grosse Auswahl

Billige Preise

Modellhaus Nothhaft

Stets neueste Pariser
und Wiener Modelle

Otto Kraftmeier

Langgasse Nr. 59

Wäsche und Trikotagen

in jeder Ausführung

Berliner Hut-Industrie

Inhaber: Albert Rosenbaum

HOLZMARKT

Elegante Damenhüte in jeder Preislage

Damen-Konfektion

Mäntel · Kleider · Röcke · Blusen

Strumpfwaren · Trikotagen

Handschuhe

Wäsche □ □ Schürzen

aus nur guten Qualitäten noch zu

billigen Preisen finden Sie im

Berliner Kaufhaus

Inh.: Victor Cohn

DANZIG, Fleischergasse Nr. 86

Dampfärbererei u. chem. Waschanstalt

Georg Austen

Georg 1064 Altstädter Graben 48-49 Georg 1064

Reinigung und Färben sämtlicher Herren- und

Damen-Garderobe usw. Persönliche Bedienung

Danziger Werft und Eisenbahnwerkstätten.

Die unter der Firma „The International Shipbuilding and Engineering Company Danzig“ (Danziger Werft- und Eisenbahnwerkstätten-Gesellschaft Danzig) am 8. November 1922 gegründete Gesellschaft ist nicht ganz nach dem Danziger Recht erfolgt. Der Senat legt dem Volkstag deshalb einen Beschlusstwurf vor, der bestimmt, dass verschiedene Danziger Verträge auf die neue Gesellschaft keine Anwendung finden. Sobald das Gesetz erlassen und damit die Gesellschaft zur Existenz gelangt sein wird, wird die Abtretung des Eigentums durch die Verteilungskommission an Danzig und Polen erfolgen, worauf dann beide Regierungen die Grundstücke an die Gesellschaft veräußern werden.

Der Gesellschaftsvertrag der Aktien-Gesellschaft in dem Beschlusstwurf beigefügt und gilt nach seiner Annahme als Gesetz.

Neue polnische Uebergänge.

In letzter Zeit sind in wiederholten Fällen Danziger Staatsangehörigen auf der Reise von Danzig nach Danzig Lebensmittel, die sie bei sich geföhrt haben, von polnischen Behörden weggenommen worden. Dies verstoßt gegen das Danzig-polnische Abkommen vom 24. Oktober 1921, nach dem alle Beschränkungen im Warenverkehr zwischen Danzig und Polen aufgehoben sind. Insbesondere sind Waren früherer Beschränkung aus Dirschau gemeldet. Es wird Sache des Senats sein, solchen Vorkommnissen der polnischen Behörden durch energische Vorgehen bei dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen entgegenzutreten. Die Bevölkerung wird auf die bei derartigen Maßnahmen der polnischen Behörden nicht zu beruhigen, sondern vielmehr sich an den Senat zu wenden, dessen Aufgabe es sein muß, die Durchführung des Danzig-polnischen Abkommens in diesen Punkten durchzusetzen.

Die Auflösung des städtischen Leihamts

fordert der Senat in einer Vorlage an die Stadterordnetenversammlung. Nach dem 1. März 1923 sollen einige neue Pfländer mehr angenommen und innerhalb sieben Monaten die vorhandenen Pfländer aufgelöst werden. Begründet wird die Maßnahme mit dem kurzen Rückgang in der Benutzung des Leihamts. Während noch im Januar-März 1922 in jedem Monat ein Pfländerbestand von über 11000 vorhanden war, ist dieser Ende November 1922 bis auf 4164 heruntergegangen.

Das Leihamt bedarf unter diesen Umständen einen Zuschuß von 2,2 Millionen Mark. Bei Aufhebung des Leihamts könnte durch die Vermietung der Räume noch eine Einnahme von über 1 Million Mark erzielt werden. Der Senat ist der Meinung, daß die vorhandenen Privat-Pfländer Leihämtern in dem Bedürfnis vollständig genügen.

Schon vor längerer Zeit forderte der Senat die Aufhebung des städtischen Leihamts. Unsere Genossen in der Stadterordnetenversammlung wandten sich dagegen und erreichten, daß die Anstalt bestehen blieb.

Streit-Fuß.

Der Kleinbahnstreik im August hatte jetzt noch ein gerichtliches Nachspiel. Acht Arbeiter aus Wernsdorf hatten sich vor dem gemeinsamen Schlichtengericht wegen Abtattung an veranwortet. Der Streit brach bekanntlich plötzlich aus. Von der Verwaltung beauftragt ein Bahninспектор, ein Bahnmelster, ein Wertmeister und ein Sekretär eine Lokomotive und man fuhr hinaus auf die Strecke, um nachzusehen, was los ist. Bei Wernsdorf sah man mitten auf der Strecke eine rote Fahne wehen, die das Signal war, daß man nicht weiter fahren dürfe, da sonst Gefahr bestehe. Die Lokomotive machte nun halt und das Personal stieg aus. Die Anzeigebänder hielten in der Nähe und fragten, weshalb man hier hinfahren? Als die Beamten sich auswickelten, mit der Lokomotive weiter zu fahren, riefen ihnen die Angeklagten zu, sie sollten es nicht tun, denn etwas weiter vorn sei ein Stück Schiene herausgenommen. Die Beamten entdeckten dann, daß tatsächlich ein Stück der Schiene herausgenommen war. Alle diese daneben liegende Stück Schiene wieder einlegen wollten, erklärten die Angeklagten. So etwas gibt es nicht. Darauf gaben die Beamten jedes mehrere Vorzeichen auf und fuhren mit der Maschine zurück. Die Anklage liegt in dem Vorzeichen der Arbeiter eine Abtattung. Das Gericht verurteilte einen der Arbeiter zu 6 Monaten Gefängnis oder 12000 Mark Geldstrafe, die andern Angeklagten zu je 4 Monaten Gefängnis oder 6000 Mark Geldstrafe.

Die Umsatz- und Zugsteuer ist durch eine Verordnung des Senats in einigen Punkten abgeändert worden. Es sollen alle vom Hauptverbraucher bestellten orthopädischen Gegenstände für Arbeitsbeschädigte steuerfrei sein. Ferner sind Eberer Messer, Feilen, Apparate und ähnliche Gegenstände zur Befreiung der Hand oder zum Ausarbeiten.

Die unter der Firma „The International Shipbuilding and Engineering Company Danzig“ (Danziger Werft- und Eisenbahnwerkstätten-Gesellschaft Danzig) am 8. November 1922 gegründete Gesellschaft ist nicht ganz nach dem Danziger Recht erfolgt. Der Senat legt dem Volkstag deshalb einen Beschlusstwurf vor, der bestimmt, dass verschiedene Danziger Verträge auf die neue Gesellschaft keine Anwendung finden. Sobald das Gesetz erlassen und damit die Gesellschaft zur Existenz gelangt sein wird, wird die Abtretung des Eigentums durch die Verteilungskommission an Danzig und Polen erfolgen, worauf dann beide Regierungen die Grundstücke an die Gesellschaft veräußern werden.

Der Fortführung der städtischen Wohnungsarbeiten

beauftragt der Senat bei der Stadterordnetenversammlung die Bewilligung von weiteren 50 Millionen Mark aus dem Leihmittel. Zur Begründung führt der Senat an, daß durch die fortgesetzte Geldentwertung und die dadurch bedingte außerordentliche Preissteigerung es unrentabel geworden ist, die begonnenen rund 600 Wohnungsbauten mit dem zur Verfügung stehenden Mittel fertig zu stellen. Bis die Mittel aus der Wohnungsbauabgabe oder aus anderen Quellen reichlicher fließen, hat eine Reihe begonnener Wohnungsbauten bereits eingestellt worden. Zur Fortführung der ihrer Vollendung entgegenstehenden Wohnungen und zur Fortführung eines gewissen Leihmittelverbrauchs sind für die noch einzuhaltenden Bauten bei der angelegten Betrag von 50 Millionen Mark notwendig. Der Bauausschuß hat dem Vorschlag des Senats zugestimmt.

Das Danziger Friedensgesellschaft

ist in einer Zusammenkunft interessierter Personen gegründet worden. Bereits im Herbst 1920 war eine Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft gebildet, doch trat diese fast kaum an die Öffentlichkeit, und sie sollte im Laufe der Jahre auch vollständig erlöschen. Die Danziger Friedensgesellschaft ist nun entstanden. Während man von einer Seite die Gründung einer Liga für Völkerverständigung, entschied sich in der beschließenden Versammlung, die unter Leitung des Sanitätsrats Dr. Effler tagte, die überaus wichtige Pflicht für eine entschieden pazifistische Organisation. Diese wurde in der Gründung einer Danziger Friedensgesellschaft beschlossen. Zu Vorsitzenden dieser Gesellschaft, die sich die Aufgabe der Friedensarbeit in Danzig angeeignet sein sollen, wurden gewählt Dr. Oppel, Dr. Kammerer und Stefan Sawahl. Weiter gehören dem Vorstand an Dr. Kallert, Dr. Effler, Prof. Kojak, Frau Plogemann, Silberstein, Laborski und Carl Kroll. Außerdem soll noch, um neben der parteipolitischen auch die nationale Neutralität zum Ausdruck zu bringen, der Vorstand um einen Vertreter der Polen erweitert werden.

Von den städtischen Fahren.

Der Senat beantragt bei der Stadterordnetenversammlung, daß von sofort die Verlonontarife der städtischen Fahren Weichselmünde - Kasparwasser, Prolschischer Weg - Solm, Holzraum - Solm und Neubude I und II auf 6 Mark, und die Tarife für das Überleben von Wagen in demselben Verhältnis erhöht werden. Angeblich haben die Fahrpächter mit der Billigung der Fahren gedroht, falls ihnen nicht sofort namhafte Nachweise durch die Stadt gewährt bzw. die Tarife herabgesetzt werden. Weiter wird beantragt, daß für die Prolschische Weichselmünde-Kasparwasser ein neues Fahrgeleit für 30000 Mark beschafft wird. Die Prolschische und Krollstraße bei Neubude II soll vom 1. Januar 1923 ab bis auf weiteres eingehen, weil sie bei der aerianen Benutzung sehr unwirtschaftlich arbeitet.

Ein Handtaschendiebstahl ist in der Person des Ausfertigers Julius Jokat aus Emaus festgenommen. Während eine hier aus Warschau zugereiste Kaufmannsrau in Begleitung ihrer Verwandten am Donnerstag nachmittags die Auslagen in dem Schaufenster des Konfektengeschäfts Elisabethwall besichtigte, stahlte sie plötzlich einen Mund an ihrer am Arme hängenden Handtasche. Die Dame drehte sich um und sah einen fremden Mann stehen, der wiederum die Handtasche erfaßte. Trotzdem die Dame sich mit aller Gewalt gegen den Knarreifer wehrte, gelang es dem Täter, der Dame die Tasche gewalttätig zu entreißen und zu fliehen. Einem hinzueilenden Kriminalbeamten gelang es, den Täter einzuholen und festzunehmen. Die Tasche konnte er noch unberaubt der Beschlagnahmenden zurückgeben. Auf dem Wege zum Polizeigefängnis wurde der Kriminalbeamte bedrängt. Diese Situation benutzte der Täter und ergriff die Flucht. Trotzdem gelang es dem Beamten, den Täter

wieder zu ergreifen und in das Polizeigefängnis zu bringen. Der Täter wurde dem Senatsgefängnis übergeben. Der Senat hat durch seinen Antrag im Volkstag bewirkt, daß gleich dem Anwaltschaftlichen Ausschuss am 21. Oktober 1922 zugewilligt worden ist. Was ihm vom Reichstag her wurde, wurde dem Senat am Donnerstag, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in der Aula St. Johann eine Weihnachtsfeier des Senats gegeben. In der geführten Vorträge über die Geschichte des Senats und der Stadt Danzig. Der Senatspräsident Herr Dr. Oppel hat in seiner Rede die Bedeutung des Senats für die Stadt Danzig hervorgehoben. Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben. Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben.

Der Senatspräsident Herr Dr. Oppel hat in seiner Rede die Bedeutung des Senats für die Stadt Danzig hervorgehoben. Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben. Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben.

Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben. Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben. Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben.

Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben. Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben. Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben.

Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben. Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben. Die Senatspräsidentin Frau Dr. Kallert hat in ihrer Rede die Bedeutung der Senatspräsidentin für die Stadt Danzig hervorgehoben.

Haushälter:

Zur Reinigung der Bürgersteige und Straßenzüge vermitteln wir vollkräftige

Arbeiter

sowie jugendliche und erwerbsbeschränkte Personen zu zeitgemäßen Lohnsätzen. Auf Wunsch werden auch Arbeiter mit Werkzeug gestellt. Telefonanschl.: 875, 1744, 3615, 3642, 4094.

Danzig, den 12. Dezember 1922.

Der Senat, Arbeitsamt. (8338)

Zigarrenhaus

Gustav Pietsch

Danzig, Holzmarkt, Ecke Schmiedeg.

empfiehlt zum Fest eine reichhaltige Auswahl

Zigarren • Zigaretten • Tabake

Pfeifen-Spitzen

Eiserner Dien

Sportliegewagen

mit Ringen u. Rohr und mit Gummirad zu verkaufen. Dealer, Petershagen 1, b. Verk. Bilschlag 17, p. Straße 34b, 3. Tr.

Liköre



Karl Mampe

In der ganzen Welt

Herren-Anzüge

Paletots, Raglans kaufen Sie billig und gut auch auf Teilzahlung

Milchkannengasse 15, pt.

J. Rosenbaum

Breitgasse 128/29

Telefon Nr. 2121

kleidet

Herren und Knaben

Flotte Einlegerin

für Schnellpresse

Flugel sofort für dauernde Stellung gesucht. Nur wirklich tüchtige Kräfte wollen sich melden.

Buchdruckerei J. Behl & Co.

Am Spandhaus 8.

Miss. Ältere Frau

ab. Mädchen z. Haushilfe tagsüber geg. hob. Gehalt und von sof. bezogen. Am Holzraum 7. (8942)

Herr sucht p. 1. 1. 1923

frdl. möbl. Zimmer

Tagel. und 1149 an die

Erped. der Volksstimme. (7

Mittagstisch

gut u. bill. Danzigerische

Gasse 18, 1 Tr. rechts. (7

darlehen an Person, led.

Standes gegen Sicherstell.

zu vergeben. Auf. Altsche.

Paradiesgasse 8-9. (8095)

In der Nacht am 14. Dezember

1 vierräd. Sandwagen gestohlen

für den Nachweis des Täters

5000.— Mark Belohnung.

Freyer & Müller

Waugeschäft

Langfuhr, Posadowskyweg 7

Säml. Maler u. Anstreicher.

werden gut und zu mäßigen Preisen ausgeführt.

Angehört unter V. 1000 an die Erped. der Volks-

stimme. (7

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schäper.

Neue Freilag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr:
Damenkarten C 2.

Mignon

Oper in 3 Akten von Ambroise Thomas

Die Szene geleitet von Oberregisseur Julius Frische.
Musikalische Leitung: Max Holland.
Inspektion: Otto Friedrich.

Aufang 7 Uhr. Ende 9¹⁵ Uhr.

Sonabend, den 16. Dezember, abends 7 Uhr: Damer-
karten D 2. „Die japanische Puppe.“ Büh-
spiel in 3 Akten.

Donnerstag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr: Damer-
karten keine Mühseligkeit. „Die beiden
Nachtigallen.“ Operette.

Montag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr: Damer-
karten E 2. Der Ring des Nibelungen
ein Bühnenfestspiel. Darsch. „Das Rheingold.“

Odeon Eden

Das bestgewählte neue Weltstadtprogramm!
Nur 4 Tage! Nur 4 Tage!

Zwei große Erstaufführungen!
Ether Oarena
die temperamentvolle Schauspielerin in dem
großen Monumentalwerk:

Die Königin v. Whitechapel
Großes Drama in 6 lebenswahren Akten.
Mitwirkende:
Normann Vallentin, Adèle Martwig, Magnus
Scher, Olof Storm, Clara Renner,
Normann Pichs

Partner: Der große Kriminal-Sittenfilm:
Die Drei - von der Straße
(Die Briefkassette in einer Großstadt-Pension)
Eine Geschichte in Lichtern und Schatten
in 5 Akten

Hauptdarstellerin: Maria Zelenka
Motto: Artis nennst du dich und lebst...
vom Verbrechen. Zwei Menschen der Straße
halten dir bei deinen dunklen Geschäften.
— Du lebst über die „Pindigkeit“ der Po-
lizei, die dich nicht erwischen kann, bis doch
das Schicksal dich ertrotzt und du deinen
Meister gefunden hast. (8368)

Des zu erwartenden Andranges wegen
biten wir möglichst um den Besuch der
4 Uhr Nachmittagsvorstellungen.

Gedania-Theater

Achtung! Heute!
„Unter der roten Maske“
III. Teil: „Sieg um Sieg“
Detektiv-Abenteuer-Film in 6 großen Akten.

Das Mädel aus dem goldenen Westen
Ein heiteres Filmspiel in 5 Akten.

„Freddy als Detektiv“
Amerikanische Grotteske in 2 Akten.

Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.
In dieser Woche täglich 3 Uhr: Kinder-Vorstellung

Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.
In dieser Woche täglich 3 Uhr: Kinder-Vorstellung

MODERNE KUNST LICHTSPIELE
LANSFUHR AM MARKT

Heute bis Montag
Der gewaltige Millionen-Prunkfilm
Othello
Der Mohr von Venedig

Klassisches Prunkwerk in 7 Akten mit den
besten Künstlern:

Emil Jannings, Werner Krauss
Theodor Loos, Friedrich Kühne,
Lia de Putti, Ica v. Lenhaffy,
Magnus Stifter, Ferd. v. Alten.

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

**Wem nie durch Liebe
Leid geschah!**

Ein Zirkus- und Liebesdrama mit:
Johannes Riemann, Margit Borna

Zwei Großfilme die zu den besten des
Jahres zählen! (8367)

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

Ein Film der wochenlang überall ausver-
kaufte Häuser brachte.

Grosser Räumungsverkauf!

Herren- u. Burschen-Anzüge
in allen Farben und modernen Fassons

**Einsegnungs-
Anzüge**
in blau und schwarz

**Starke Arbeits-
Schuhe und Stiefel**

Winter-Raglans
in eleganter und einfacher Ausführung.

Auffallend billige Preise!

TEILZAHLUNG mit bequemer
An- u. Abzahlung

Sie verkaufen Ihre Schmucksachen zu billig
wenn Sie meinen Rat und kosten-
lose Abschätzung nicht hören!

Wir kaufen zum höchsten Börsenkurs

Platin

bis 14 000 Mk. per Gramm

Gold, Silber, Zahngebisse dementsprechend

Goldankaufsstelle Pfefferstadt 4 1 Treppe
Goldschmiede - Spezialwerkstatt.

Christliches Unternehmen!

Nur bis Weihnachten!!

Wilhelm-Theater

Dire: Paul Baumann

Montag Dezember, abends 7¹⁵ Uhr
Das außergewöhnliche

Weihnachtsprogramm

Mogador-Truppe
10 Rhythmen, arabische Springer und
Pantomimen, vom Wintergarten, Berlin.

Walter Westermann
der vorzügliche Pianist.

Vier Adlons,
Trampolin-Hörspiel-Lektüre in höchster
Vollendung, vom Wintergarten, Berlin.

Hugo Dräsel,
der Meister aller Cornet- & Piston- und
Xylophon-Virtuosen, v. Scala-Theat., Berlin

Nowodny-Ballett,
2 Damen, 1 Herr, vom Palais der Fried-
richstadt, Berlin.

Harry Bardini, Kunstspieler, vom
Krytalpalast, Leipzig.

Kara & Sek, komische Neubeit im
amerikan. Liederpark, v. Winterg., Berlin.

Vorverkauf bei Gebr. Freymann, Sonntags von
11 - 1 Uhr a. d. Theatert., Kasernenstr. 6 UH abds.

Kabarett LIBELLE
Im Monat Dezember zwei Kapellen.
Eckorchester Lehmann-Lubnow (4 Herren)
Russisches Balalaika-Orch. Maschnoff (6 Herren)
dazu das neue, große Kabarett-Programm.
Abends bis 1 Uhr Bier-Kabarett
anschließend Wein-Kabarett.

Licht-Spiele

Ab Freitag, den 18. Dezember:

Der Rhein

Deutschlands Strom im Vergangenheit
und Gegenwart

Ein Filmwerk mit Gesang in 7 gewaltigen
Akten unter Mitwirkung bekannter

**Danziger Künstler
Verstärktes Orchester**

Zusätzlich ist der Zutritt zu den 6- und
8 Uhr-Vorstellungen gestattet.

Kammer-Lichtspiele

Danzig-Langfuhr, Hauptstr. 43
vom 15. bis 18. Dez. (Freitag bis Montag)

Der größte Schlager
des 20. Jahrhunderts!

Dr. Mabuse der Spieler

7 große Akte
und der monumentale Film

In den Krallen der Gewalt!

Dazu ein hervorragendes
BEI PROGRAMM

Praktisch. Weihnachtsgeldchenke

sind meine

Korbmöbel,

sowohl in ganzen Garnituren, wie in Einzelmöbeln,
Sesseln, Bänken, Blumenkrippen, Teetischen, Stoh-
lampen, Gondeln, Nähmaschinen und anderem.

Danziger Korbmöbel-Fabrik
Ewald Sommerfeldt,
Langfuhr, Hauptstraße Nr. 39.

Der Neue Welt-Kalender

für das Jahr 1923 ist erschienen.

Preis 30.— Mark.

Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Stoffverkauf

Anzug-, Kostüm-,
Häker-, Joppen-, Hosen-,
u. Futterstoffe, pa. Qual.
verk. als prakt. Weih-
nachtsgeldchenke z. auß.
billigen Preisen
Walters & Döh,
Frauengasse 34, part.
Verk.: 8-7 vorm., 6-4 nachm.

Gut. Herr. Fahrrad

mit Freil. u. Rücktr. verk.
Langgarter Hinterachse 3,
1. Kala. 3 Treppen. (f)

Antiquar. Uhr.

2 alterl. goldn. Silber-
rahmen verk. von 4-6 Uhr
Bilchofsberg 15, I Tr. (f)

Wärmel. dunkler Herr. Ueberzieher

(schl. Fig.) für 10000 Mk.
zu verk. Rantinsberg 5,
2 Tr. links (f)

Waschtisch

preiswert zu verkaufen.
Schattowaki, Öhre,
Hinterweg 7 b. (f)

1 Wringmaschine, 1 Gum-
miwasserkrise, 2 Dugend
Berrenkehrungen, Br. 42,
1 Messinggoldbauer zu
verkaufen Langgasse 14, 1

Urbini
der gute Schuhputz

Erfahrt Dir Deine teuren Schuh',
Derwende nur Urbini dazu!

Durch Selbstanfertigung

meiner Konfektion und infolge ganz geringer Geschäftskosten
bin ich trotz dauernder Preiserhöhung in der Lage,

äußerst billig

verkaufen zu können.

Meine Konfektion ist unter Garantie auf Rohhaar mit besten
Zutaten aus prima Stoffen auf das sauberste verarbeitet. Sie
bietet also größte Gewähr in bezug auf Haltbarkeit und im Tragen.

Herrenanzüge neueste Formen 45 000,
38 000, 30 000, 25 000, 15 000

Raglans
45 000, 40 000, 35 000, 30 000

Paletots moderne Form, auf Taille
45 000, 35 000

Eleganteste Maßanfertigung u. Garantie für tadellosen Sitz

Leo Czerninski

Schlichtaugasse 25, 3 Treppen

Achtung! Ausschneiden.

Damenstrohhüte

werden auf allernueste Formen umgenäht
und „auf neu“ gepreßt direkt in der Fabrik

Lawendelgasse 6-7.

Sonderangebots-
preis

975.-

Sonderangebot

Bis bis 24. Dezember.

Erscheint nur einmal.